



N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	FuW/038/2014
Datum	Dienstag, den 09.12.2014
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:45 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Herr Thomas Heyer	Ausschussvorsitzender	CDU
Frau Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW
Herr Waldemar Droß	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD
Herr Waldemar Kleber	Stadtverordneter	SPD
Herr Karl-Heinz Schäfer	Stadtverordneter	SPD
Herr Klaus Breidsprecher	Stadtverordneter	CDU
Herr Karl Hedderich	Stadtverordneter	CDU
Frau Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Matthias Büger	Fraktionsvorsitzender	FDP

vom Magistrat

Herr Wolfram Dette	Oberbürgermeister	FDP
--------------------	-------------------	-----

von der Verwaltung

Herr Boris Falkenberg	Ordnungsamt
Herr Stefan Kaiser	Eigenbetrieb Stadtreinigung
Herr Michael Peters	Rechtsamt
Herr Armin Schäffner	Eigenbetrieb Stadtreinigung
Frau Andrea Simon	Kämmerei

AV H e y e r eröffnete die 38. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Stv. K l e b e r schlug vor, **TOP 4** (Erhalt der Mitarbeiterparkplätze am Neuen Rathaus - DS 2289/14 - I/498) von der Tagesordnung zu nehmen, so wie im gestrigen Bauausschuss entschieden. AV H e y e r erklärte, dass die antragstellende CDU-Fraktion diesen TOP in der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses behandelt sehen wolle. Über die Vorlage sei bereits im Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss abgestimmt worden.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 18.11.2014**
- 2 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 2237/14**
- 3 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Verlustrausgleich für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: 2238/14**
- 4 Erhalt der Mitarbeiterparkplätze am Neuen Rathaus
Vorlage: 2289/14**
- 5 Fuchsfallenjagd in Wetzlar
Vorlage: 2281/14**
- 6 Ganzheitliches Konzept zur transparenten Darstellung
und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts
Vorlage: 1830/14**
- 7 Satzung des Jugendamtes
Vorlage: 2208/14**
- 8 Stadtbusverkehr in Wetzlar; Direktvergabe an die Werner Gimmler Wetzlarer
Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH
Vorlage: 2224/14**
- 9 Beteiligungsbericht 2014 für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 2247/14**
- 10 Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
und Handelsabkommen mit Kanada (CETA)
Resolution
Vorlage: 2248/14**

- 11 **Sanierung des Ukrainer-Denkmal**
Vorlage: 2273/14
- 12 **Ausländerbeirat**
Namenszusatz Migrantenparlament
Vorlage: 2275/14
- 13 **Verwaltungsvereinbarung IKEA/Wetzlar/Gießen**
Vorlage: 2294/14
- 14 **Erstellung einer Stadtführungs-App**
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2116/14
- 15 **Facebookseite für die Stadtverordnetenversammlung**
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2249/14
- 16 **Einrichtung von "Open WLAN" im Stadtgebiet**
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2250/14
- 17 - 19 **Grundstücksangelegenheiten**
- 20 **Verschiedenes**

zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 18.11.2014

Mitteilungen

Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches 2016

OB D e t t e informierte über eine Bürgermeisterdienstversammlung, in der Finanzminister Schäfer seine Position zum KFA, bezogen auf den Lahn-Dill-Kreis, vorgestellt habe. Er gebe dem Finanzausschuss seinen Vermerk zu den Kritikpunkten am Entwurf zur Kenntnis (Anlage 1 der Niederschrift).

Anfragen

Keine Wortmeldungen.

Niederschrift vom 18.11.2014

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z bezog sich auf S. 14/17 „Fiktive Senkung der Kreisumlagehebesätze“. Der letzte Satz müsse lauten: **Ohne** Senkung stimme die ganze Modellrechnung nicht. AV H e y e r sagte Änderung zu.

Die Niederschrift wurde ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

zu 2 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Wirtschaftsplan 2015
Vorlage: 2237/14

Stv. K i n k l e r erkundigte sich nach dem Grund der gestiegenen „Aufwendungen Personalrat“ (S. 2 des Erfolgsplanes). Herr S c h ä f f n e r begründete die Erhöhung mit Fortbildungsmaßnahmen nachgewählter PR-Mitglieder.

Stv. B r e i d s p r e c h e r ging im Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung eines Müllsammelfahrzeuges im Wert von 248.000 € (S. 2 des Vermögensplanes) auf das Thema „Kauf oder Miete“ ein. Herr S c h ä f f n e r führte aus, dass man dies bei jeder Beschaffung prüfe. Um grundsätzlich handlungsfähig zu sein, werde der Kaufpreis in Ansatz gebracht. Erst wenn sich die Kalkulation zugunsten der Anmietung entscheide, erfolge eine Korrektur im Nachtragswirtschaftsplan. Das Verfahren gelte auch für die veranschlagte Ersatzbeschaffung einer Bürgersteigkehrmaschine (+ 120.000 €).

Abstimmung: 11.0.0

zu 3 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Verlustrausgleich für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: 2238/14

Herr S c h ä f f n e r gab auf Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r zur Kenntnis, dass der Verlustrausgleich aus einer „Freien Rücklage“ als Teil des Eigenkapitals erfolge, was die Eigenkapitalausstattung zulasse.

Abstimmung: 11.0.0

zu 4 Erhalt der Mitarbeiterparkplätze am Neuen Rathaus
Vorlage: 2289/14

Stv. B r e i d s p r e c h e r stellte sich seitens der CDU-Fraktion grundsätzlich gegen einen möglichen Wegfall der Mitarbeiterparkplätze am Neuen Rathaus. Er kenne kein Altstadtparkkonzept, halte aber die bloße Überlegung einer öffentlichen Nutzung des Bereiches für eine „ausgemachte Schnapsidee“ und fordere eine Abstimmung über den Antrag.

OB D e t t e legte dar, dass zu diesem Thema keine Beschlusslagen des Magistrats existieren, die Parkplätze in irgendeiner Weise zu ändern. Der Vorschlag sei Teil eines Gutachtens, das eine Reihe von Maßnahmen beinhalte.

FrkV L e f è v r e und Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z empfahlen, das Altstadtparkkonzept als Entscheidungsgrundlage abzuwarten und den Antrag daher im Geschäftsgang zu belassen. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt zu früh, darüber zu diskutieren.

Stv. D r o ß wies im Zusammenhang mit einer Veränderung der derzeitigen Parksituation auf eine mögliche Mitbestimmungspflicht des Personalrates hin, was den Konsens mit den Mitarbeitern erfordern würde.

FrkV Dr. B ü g e r regte an, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen und bei vorhandenem Altstadtparkkonzept wieder aufzurufen. OB D e t t e sagte eine Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung vor einer Entscheidung in der Angelegenheit zu. Er empfehle, den Antrag im Geschäftsgang bleiben zu lassen, weil ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem vorzulegenden Altstadtparkkonzept bestehe.

Stv. K l e b e r stellte den Verfahrensantrag, die Vorlage „Erhalt der Mitarbeiterparkplätze am Neuen Rathaus“ (DS 2289/14 - I/498) im Geschäftsgang zu belassen.

Abstimmung über den Verfahrensantrag: 8.1.2

zu 5 Fuchsfallenjagd in Wetzlar

Vorlage: 2281/14

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z informierte über das Merkblatt „Das richtige Verhalten im Umgang mit Füchsen“ auf der Homepage der Stadt Wetzlar. In der Pressemitteilung der Stadt sei zwar darauf hingewiesen worden, dass von Füchsen keine direkte Gefahr für den Menschen ausgehe, aber eine gesundheitliche Gefährdung durch den Fuchsbandwurm, Tollwut und Räude nicht ausgeschlossen werden könne. Sie konstatierte, dass die Tollwut seit 2006 nicht mehr bei Wildtieren, außer bei Fledermäusen, nachgewiesen worden sei und auch die Räude nur bei unmittelbarem Körperkontakt für den Hund eine Gefahr darstelle. Der Fuchsbandwurm könne gut mit Entwurmungsködern bekämpft werden. Der Hessische Tierschutzbeirat habe sich gegen die Fallenjagd ausgesprochen. Sie halte die Aufklärung der Bevölkerung für sinnvoller und schlage daher eine Informationsveranstaltung für alle Wetzlarer Bürgerinnen und Bürger vor. FrkV L e f è v r e schloss sich diesem Vorschlag an. Die Informationsveranstaltung solle im Mittelpunkt stehen, um eine mögliche Verunsicherung der Menschen zu vermeiden.

OB D e t t e stellte fest, dass die im jetzigen Beschlusstext verwendete Formulierung „Wildtiere“ auch Ratten, Mäuse und Tauben einschließen würde, was nicht akzeptabel sei. Er unterbreite deshalb einen Formulierungsvorschlag zu Satz 1: „Der Magistrat wird aufgefordert, auf öffentlichen Flächen in innerstädtischen Wohngebieten der Stadt auf die Jagd und Tötung von Füchsen zu verzichten.“ Satz 2 könne unverändert bestehen bleiben. Es erhob sich kein Widerspruch gegen den Änderungsvorschlag.

Herr F a l k e n b e r g berichtete, dass das Ordnungsamt im Frühjahr 2014 verstärkt Beschwerden aus der Altstadt wegen des Zuwachses von Füchsen erhalten habe. Bei einer Sitzung mehrerer Ämter, u. a. Veterinäramt, im Juni des Jahres sei ein Anstieg der Fuchspopulation bestätigt worden. Ein Lösungsansatz sei die Jagd gewesen, die nach dem Hessischen Jagdgesetz auf Privatgrundstücken in Wetzlar ausdrücklich erlaubt sei; dies habe auch die Landestierschutzbeauftragte bestätigt. Zweite Option sei eine Entwurmungsaktion gewesen, von der man mit Blick auf den hohen finanziellen Aufwand von ca. 1,75 € pro Jahr und Einwohner Abstand genommen habe. Die Stadt habe mit dem legalen Einsatz von Lebendfallen, der nicht dem Tierschutzgesetz widerspreche, koordiniert vorgehen wollen und das Vorhaben auch mit dem Referat Tierschutz beim Land Hessen sowie der Unteren Jagdbehörde abgestimmt. Das Aufstellen von Fallen und Töten gefangener Füchse wäre Aufgabe eines beauftragten Jägers gewesen. Danach hätte eine Untersuchung der Tiere auf Bandwurmbefall im Veterinäramt erfolgen sollen. Die angedachte Aktion sei zunächst für ein halbes Jahr angedacht gewesen.

Stv. **Breidsprecher** beurteilte die Angelegenheit als Verwaltungshandeln, daher sei ein Votum der Stadtverordnetenversammlung nicht erforderlich. Stv. Dr. **Bernauer - Münz** erklärte, dass auf der Basis eines Stadtverordnetenbeschlusses **keine** Fuchsjagd in Wetzlar stattfinden solle.

Stv. **Kleber** teilte mit, dass die SPD sich bei der heutigen Abstimmung enthalten werde. Das Thema müsse noch in der morgigen Fraktionssitzung behandelt werden.

Abstimmung einschließlich Änderung des Beschlusstextes: 5.1.4

zu 6 Ganzheitliches Konzept zur transparenten Darstellung und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts Vorlage: 1830/14

Stv. **Kleber** signalisierte die Zustimmung der SPD-Fraktion zum vorgeschlagenen Magistratskonzept vom 15.09.2014. Er befürworte außerdem die Bildung einer Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ und wünsche sich künftig jährlich eine Bürgerversammlung zum Thema „Haushalt“. FrkV Dr. **Büger**, Stv. Dr. **Bernauer - Münz** und FrkV **Lefèvre** schlossen sich der positiven Bewertung der Stellungnahme des Magistrats an. Es sei wichtig, die Bürgerinnen und Bürger auf den gemeinschaftlichen Weg „mitzunehmen“.

Stv. **Breidsprecher** bezog sich auf Ziffer 2.5 der Stellungnahme und definierte den Bereich „Sport“ als Staatsziel. OB **Dette** empfahl, eine Unterscheidung zwischen pflichtigen und freiwilligen Leistungen im Zusammenhang mit der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs 2016 und der kontroversen Diskussion zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden zurückzustellen. Der Hessische Finanzminister vertrete die Auffassung, dass Sport und Kultur freiwillige Leistungen seien, die aber bei der Bedarfsermittlung einbezogen würden.

OB **Dette** empfahl eine Änderung des Beschlusstextes als Grundlage zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen. Stv. **Kleber** regte einen gemeinsamen Beschlussvorschlag des Ausschusses an.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss einigte sich auf folgenden gemeinsamen Antrag anstelle des bisherigen Koalitionsantrages (DS 1830/14 - I/400):

„Der Magistrat wird aufgefordert, auf der Basis des ganzheitlichen Konzeptes zur transparenten Darstellung und zur Konsolidierung des städtischen Haushalts gemäß Stellungnahme vom 15.09.2014 die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben und der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig darüber zu berichten.“

Abstimmung: 10.0.0

zu 7 Satzung des Jugendamtes Vorlage: 2208/14

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

zu 8 Stadtbusverkehr in Wetzlar; Direktvergabe an die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH
Vorlage: 2224/14

Herr P e t e r s teilte auf Frage des Stv. K i n k l e r mit, dass die öffentliche Bekanntmachung der Direktvergabeabsicht (S. 3.3 der Begründung) über ein Internet-Portal europaweit erfolge.

Abstimmung: 10.0.0

zu 9 Beteiligungsbericht 2014 für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 2247/14

OB D e t t e bestätigte auf Frage des Stv. K i n k l e r, dass der Saalbau Niedergirmes aufgrund Verkaufs nicht mehr im nächsten Beteiligungsbericht aufgeführt werde (S. 38 des Berichts 2014).

Stv. K i n k l e r informierte sich über die Regio MIT GmbH (S. 88 des Berichts 2014).

OB D e t t e gab zur Kenntnis, dass die Gesellschaft geschlossen und der verbleibende Kapitalanteil zurückgeführt werde.

Stv. B r e i d s p r e c h e r stellte fest, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH erstmals auf Seite 12 des aktuellen Berichts erwähnt werde. OB D e t t e informierte, dass die Gesellschaft vorher ein Verein gewesen und umgegründet worden sei.

FrkV Dr. B ü g e r wies auf die neue Bezeichnung „Volksbank Mittelhessen eG“ hin (alt: Volksbank Wetzlar Weilburg eG - S. 12 des Berichts 2014). Er regte eine Änderung im nächsten Bericht an.

Stv. K i n k l e r erkundigte sich nach dem Erfordernis einer Beteiligung an der Wetzlarer Verwaltungs- und Bewirtschaftungs GmbH. OB D e t t e erklärte, dass die Beteiligung für die Ansiedlung der damaligen Zivildienstschule zwingend erforderlich gewesen sei. Heute nehme das Bildungszentrum Wetzlar Aufgaben des Bundesfreiwilligendienstes für ganz Hessen wahr. Die Stadt habe ein Interesse daran, durch ihre Mitwirkung in der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus habe man in den letzten Jahren kontinuierlich profitable Ausschüttungen von der GmbH erhalten.

Abstimmung: 10.0.0

zu 10 Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
und Handelsabkommen mit Kanada (CETA)
Resolution
Vorlage: 2248/14

FrkV Dr. B ü g e r regte an, sich dem gemeinsamen Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und des Verbands kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014 anzuschließen. Er stelle den Änderungsantrag, den bestehenden Beschlusstext durch folgenden Text zu ersetzen:

„Die Stadtverordnetenversammlung Wetzlar unterstützt die Position der kommunalen Spitzenverbände bei der konstruktiven Begleitung der Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und weitere Freihandelsabkommen. Sie unterstützt das mit dem Abkommen verfolgte Ziel, durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Verbesserung der Investitionsbedingungen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern. Freihandelsabkommen bergen jedoch auch erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsfürsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Beeinträchtigungen dieser, für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Dienstleistungen durch Freihandelsabkommen müssen ausgeschlossen werden.“

Stv. B r e i d s p r e c h e r beurteilte die Initiative als „typisch linke Klamotte“, mit der Ängste geschürt werden sollen und z. B. Hinweise auf die positive Entwicklung für Arbeitsplätze oder den Wegfall hinderlicher Zollschränken unterbleiben. Er benötige keinen Zusatzantrag und werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten.

Stv. Dr. B e r n a u e r - M ü n z wies darauf hin, dass der Beschlusstext des Lahn-Dill-Kreises Grundlage des vorliegenden Antrags gewesen sei, den sie in unveränderter Fassung abgestimmt sehen wolle. Neben der mangelnden Transparenz und Öffentlichkeit von TTIP richte sich ihre Kritik besonders an der Einrichtung eines privaten Schiedsgerichts, das an deutschen Gerichten vorbei agiere. Die Folgen würden in alle Bereiche hineinwirken, was auch die kommunale Selbstverwaltung betreffe. Sie halte es für sinnvoll, den Protest im Vorfeld zum Ausdruck zu bringen.

OB D e t t e ging auf Chancen und Risiken bei diesem komplexen Thema ein. Er empfehle, sich mit einer Entscheidung den bereits bestehenden Beschlusslagen auf allen Ebenen anzuschließen.

Frkv Dr. B ü g e r hob hervor, dass kein Land in der Welt so vom Freihandel profitiere wie Deutschland. Daher sei es klug und sinnvoll, sich zu einigen. Er favorisiere den Antrag der kommunalen Spitzenverbände, weil dieser beide Seiten berücksichtige. Die vom Lahn-Dill-Kreis übernommene Fassung halte er nicht für ausgewogen und könne ihr nicht zustimmen.

Abstimmung über den Änderungsantrag von FrkV Dr. Bürger: 1.7.2

Abstimmung über den Ursprungsantrag: 7.3.0

zu 11 Sanierung des Ukrainer-Denkmal

Vorlage: 2273/14

OB D e t t e empfahl, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen, da es sich um einen typischen Haushaltsantrag handle. Er halte es nicht für sinnvoll, vor der Einbringung des Haushalts 2015 darüber zu entscheiden. Stv. K l e b e r beantragte, den Antrag im Geschäftsgang zu belassen. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Antrag wurde im Geschäftsgang belassen.

**zu 12 Ausländerbeirat
Namenszusatz Migrantenparlament
Vorlage: 2275/14**

OB D e t t e verwies auf die Stellungnahme des Rechtsamtes. Er sehe aufgrund der klaren Definition des Organs „Ausländerbeirat“ in der HGO momentan keinen Spielraum für einen förmlichen Namenszusatz. Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses schlossen sich dieser Auffassung an.

Abstimmung: 0.10.0

**zu 13 Verwaltungsvereinbarung IKEA/Wetzlar/Gießen
Vorlage: 2294/14**

OB D e t t e berichtete, dass man mit Gießen mehrere Gespräche geführt habe, um letztlich sicherzustellen, dass durch mögliche Klageverfahren keine zeitliche Verzögerung der Ansiedlung erfolge. In der Verwaltungsvereinbarung sollen unter Einbeziehung von IKEA Eckpunkte geregelt werden (Anlage 2 der Niederschrift). Er halte das Übereinkommen für geeignet, die Interessenslagen von Gießen angemessen zu berücksichtigen, ohne den eigenen Grundsatz der Ansiedlung des Unternehmens aufzuheben.

Es bestand Einvernehmen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss, dass die Vorlage DS 2294/14 - I/499 über den Ältestenrat auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2014 genommen werden solle.

Abstimmung (Ziffer 1. zur Kenntnis, Ziffer 2. Beschluss): 10.0.0

**zu 14 Erstellung einer Stadtführungs-App
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2116/14**

FrkV Dr. B ü g e r informierte über das Verfahren seit Antragstellung und ging auf den Inhalt des Prüfungsauftrags ein.

Abstimmung: 8.0.2

**zu 15 Facebookseite für die Stadtverordnetenversammlung
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2249/14**

OB D e t t e teilte auf Frage von FrkV Dr. B ü g e r mit, dass das Stadtverordnetenbüro Adressat des Prüfungsauftrags sei. Unter möglicher Beteiligung anderer Fachämter solle festgestellt werden, wo der Mehrwert einer Facebookseite liege.

Abstimmung: 8.0.1

zu 16 Einrichtung von "Open WLAN" im Stadtgebiet
Prüfungsauftrag
Vorlage: 2250/14

Frkv Dr. B ü g e r thematisierte die rechtliche Problematik der „Störerhaftung“. Stv. K l e b e r gab zur Antwort, dass diese als Teil des Auftrags geprüft werde.

Abstimmung: 8.0.2

17 - 19
Grundstücksangelegenheiten

zu 20 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 38. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r